

Die Folgen des Sechstagekriegs zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn vom 5. bis 10. Juni 1967 prägten bis heute die Situation im Nahen Osten entscheidend. Die Frage der besetzten Gebiete – abgesehen vom Sinai, der nach dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von 1979 vollständig an Ägypten zurückging – bleibt ein Gegenstand massiver Streitigkeiten. Yossi Goldstein analysiert auf der Basis zum Teil erst vor Kurzem zugänglich gewordener israelischer Quellen die Position von Ministerpräsident Levi Eschkol und fragt, warum dessen Ansatz einer „Land für Frieden“-Lösung erfolglos blieb.

Yossi Goldstein

Warum wurde nach dem Sechstagekrieg kein Frieden erreicht?

Der Sechstagekrieg brach am 5. Juni 1967 von einem Augenblick auf den anderen aus und hatte einen Ausgang, den niemand auch nur im Traum für möglich gehalten hätte.¹ Innerhalb von nicht mehr als sieben Tagen besiegte die israelische Armee nicht nur Ägypten, welches über die größte Armee in der arabischen Welt verfügte, sondern ebenso die Armeen Syriens und Jordaniens. Zugleich verdreifachte dieser Krieg das bis dahin von Israel kontrollierte Territorium. Im Anschluss an den Krieg war man in Israel überzeugt, dass man am Ende einer Ära angelangt sei und dass das Land unmittelbar vor einem Frieden stehe. Auf einer Sitzung am 18. und 19. Juni 1967 traf die Regierung die dramatische Entscheidung, die Rückgabe der im Verlaufe des Kriegs eroberten Gebiete im Austausch für einen umfassenden und dauerhaften Frieden anzubieten. Die israelischen Politiker waren sich sicher, dass diese Entscheidung unmittelbar umgesetzt werden könne.² Nach den unsterblichen Worten Mosche Dajans, Israels damaligem Verteidigungsminister, „warteten sie nur noch auf einen Telefonanruf“ seitens der

¹ Vgl. die folgenden Studien zum Sechstagekrieg: Walter Z. Laqueur, *The Road to War 1967. The Origins of the Arab-Israel Conflict*, London 1968; Ze'ev Schiff, *A History of the Israeli Army. 1847 to the Present*, New York 1985; Eric Hammel, *Six Days in June. How Israel Won the 1967 Arab-Israeli War*, New York 1992; Richard B. Parker (Hrsg.), *The Six Day War. A Retrospective*, Gainesville 1997; Michael B. Oren, *Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East*, New York 2003; Ami Gluska, *Eshkol, Give the Order!*, Tel Aviv 2004; Tom Segev, *1967. And the Land Changed Its Visage*, Jerusalem 2005 (Hebr.), und Andrew J. Bacevich, *America's War for the Greater Middle East. A Military History*, New York 2016. Anm. d. Red.: Im Interesse der besseren Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit wird bei Hebräisch und Arabisch verfassten Titeln nicht die Transliteration wiedergegeben, sondern die englische Titelübersetzung des Autors; hebräische Namen und Bezeichnungen werden in der Regel in der deutschen Transkription angeführt, woraus sich Differenzen zu Schreibweisen bei Quellen- und Zitatnachweisen ergeben können.

² Israel State Archive, Jerusalem (künftig: ISA), Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 18./19.6.1967.

Führer der arabischen Staaten, um über die Friedensbedingungen verhandeln zu können. Warum kam es dann doch nicht zum Frieden?

Die Geschichtsschreibung zum Sechstagekrieg ist in dieser grundlegenden Frage gespalten. Manche bestehen darauf, dass es Israel gewesen sei, das sich weigerte, die Hand zum Frieden auszustrecken, das heißt sich aus sämtlichen besetzten Gebieten zurückzuziehen. Andere vertreten die genau gegenteilige Meinung – dass es die Araber gewesen seien, die sich weigerten, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Auf der Grundlage von Quellen, die der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten zugänglich sind, sowie solcher, die erst kürzlich verfügbar wurden, soll in diesem Aufsatz der Versuch unternommen werden zu klären, wer nun tatsächlich verantwortlich dafür ist, dass es im Anschluss an den Krieg nicht zu Friedensverträgen kam.

I. Levi Eschkols Konzeption

Levi Eschkol, Israels Premierminister von 1963 bis zu seinem Tode im Jahre 1969, sah Israels Sieg im Sechstagekrieg als das Ende einer Ära, die mit Israels Unabhängigkeitskrieg begonnen hatte. Seiner Ansicht nach bot die entstandene Situation Israel eine einmalige Gelegenheit, die volle internationale Anerkennung der Grenzen zu erlangen, die 1948/49 Gestalt angenommen hatten und über die bei den Waffenstillstandsverhandlungen auf Rhodos de facto Einigkeit erzielt worden war (die sogenannte Grüne Linie). Bis zum Beginn des Sechstagekriegs hatte Eschkol zu den politischen Führungsfiguren Israels gehört, die davon überzeugt waren, dass Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden mit den arabischen Nachbarländern letztendlich in einen Kompromiss auf der Basis der Grenzen des von der Vollversammlung der UNO (United Nations Organization) am 29. November 1947 verabschiedeten Teilungsplans, aber natürlich auch von Israels Sieg im Unabhängigkeitskrieg von 1947 bis 1949 münden würden.³ Doch für ihn veränderte Israels überwältigender Sieg in dem Krieg, der dann 20 Jahre später ausbrach, die Grundlage für Verhandlungen. Tatsächlich versicherte er bereits während des Kriegs, dass von nun an die eroberten Gebiete für Israel eine Verhandlungsmasse darstellen würden, und in seiner Siegesrede vor Israels Parlament, der Knesset, bezeichnete er sie als „Ausgangspunkt für direkte Verhandlungen [...] mit den arabischen Ländern“.⁴ Diesem Ansatz entsprechend sah er Friedensverhandlungen als eine zentrale Komponente des Prozesses, durch den Israels endgültige Grenzen bestimmt werden würden. Er glaubte, dass es Israel gelingen könne, im Austausch für den Rückzug aus dem Großteil der eroberten Gebiete die volle Anerkennung seitens der arabischen Staaten zu erlangen. Zudem war er überzeugt, dass dieser Ansatz für die meisten Staaten der Welt an-

³ Vgl. Eschkols Rede vor der Knesset am 12.6.1967, in: Major Knesset Debates, 1948–1981, Bd. 4, hrsg. von Netanel Lorch, Lanham 1993, S. 1581–1590.

⁴ Ebenda, S. 1588.

nehmbar sei, besonders für die USA, deren Ansichten eine wichtige Rolle für die Gestaltung seiner Politik spielten.⁵

Diese Sicht der Dinge fand ihren Ausdruck bei der Sitzung vom 13. Juni 1967 in Eschkols Haus in Jerusalem, zwei Tage nach Ende des Sechstagekriegs, auf der die führenden, Levi Eschkol nahestehenden Mitglieder der damaligen israelischen Regierung anwesend waren: Außenminister Abba Eban, Verteidigungsminister Mosche Dajan, Arbeitsminister Jigal Allon, Informationsminister Jisrael Galili sowie der ehemalige Stabschef der israelischen Armee Jigael Jadin. Der Zweck dieses Treffens bestand darin, die Grundlagen für die israelische Position gegenüber der Entscheidung festzulegen, die man von der UNO erwartete. Die Tatsache, dass dieses Thema am nächsten Tag im Ministerkomitee für Sicherheitsangelegenheiten diskutiert werden sollte, brachte die Sitzungsteilnehmer in der Residenz des Premierministers zu einer Entscheidung. Auf seinen Vorschlag sollte die Regierung ihre uneingeschränkte Bereitschaft zur Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Ägypten und Syrien bekunden. Dabei sollte auch die Bereitschaft erklärt werden, Gebiete im Westjordanland mit hohem palästinensischen Bevölkerungsanteil aufzugeben, mit Ausnahme des Gaza-Streifens, der Teil Israels bleiben sollte.⁶ Hinsichtlich Ägyptens und Syriens fasste das Ministerkomitee für Sicherheitsangelegenheiten nach zwei Sitzungen an den folgenden beiden Tagen einen ganz ähnlichen Beschluss. Bezüglich der Gebiete im Westjordanland kam das Ministerkomitee allerdings angesichts des entschiedenen Widerstands gegen jede Rückgabe von Teilen dieses Gebiets seitens Menachem Begin, Führer der rechts gerichteten *Gahal*, sowie der allgemeinen Vorbehalte gegenüber diesem Plan, die sowohl von Allon als auch von Dajan auf unterschiedliche Weise vorgebracht wurden, zu einem anderen Beschluss.

Die Mitglieder des Ministerkomitees trafen die Entscheidung, dass der Jordan in Zukunft als Sicherheitsgrenze zwischen Israel und dem haschemitischen Königreich im Osten dienen sollte, dass über die Zukunft des Westjordanlands zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden sollte und dass die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlands vorübergehend von einer Militärregierung verwaltet werden sollte. Das Komitee entschied überdies, dass Ost-Jerusalem einschließlich der Altstadt, von Israel annektiert werden sollte.⁷ Während ihrer beiden Sitzungen am 18. und 19. Juni nahm die israelische Regierung einige geringfügige Änderungen an den Entscheidungen bezüglich Ägyptens und Syriens vor und kam in Bezug auf das Westjordanland zu einem ähnlichen Beschluss. Ursprünglich hatte sich die Regierung auf eine Entschließung geeinigt, die einen vollständigen Rückzug aus sämtlichen im Krieg eroberten Gebieten sowie die Rückkehr zur Grünen Linie mit Ägypten und Syrien im Austausch für einen um-

⁵ ISA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 19.6.1967, ursprünglich aufgefunden in: Yad Levi Eshkol, Jerusalem (künftig: YEA).

⁶ Vgl. Yossi Beilin, *The Price of Unification. The Labor Party until the Yom Kippur War*, 1973, Tel Aviv 1985 (Hebr.), S. 20; Gideon Rafael, *Privy to the Secrets of Nations*, Jerusalem 1981 (Hebr.), S. 169 f.; Yossi Goldstein, *Eshkol. A Biography*, Jerusalem 2003 (Hebr.), und ders., *Rabin. A Biography*, Tel Aviv 2006 (Hebr.).

⁷ YEA, Sitzungsprotokoll Ministerkomitee für Sicherheitsangelegenheiten, 14.6.1967.

fassenden Frieden befürwortete. Angesichts der knappen Mehrheit, mit welcher diese Resolution verabschiedet worden war (11 zu 10), entschied man, Verhandlungen mit Ägypten und Syrien über einige als notwendig angesehene Änderungen am Verlauf der bis 1967 bestehenden Grenze zu beginnen⁸ und über die Zukunft des Westjordanlands zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Ferner wurde beschlossen, die Rückgabe von Israels eroberten Gebieten davon abhängig zu machen, ob über einige grundlegende Bedingungen für die Unterzeichnung eines Friedensvertrags Einigung erzielt werden würde, wie zum Beispiel die vollständige Anerkennung des Staats Israel, die Demilitarisierung des Sinai und des syrischen Höhenzugs, der nun als „Golanhöhen“ bezeichnet wurde, sowie der Öffnung der Straße von Tiran, dem maritimen Zugang zu Israels südlichster Stadt, Eilat, für die israelische Schifffahrt.⁹

Unter Eschkols Führung brachte die israelische Regierung also ihre Bereitschaft zum Ausdruck, über die Rückgabe des größten Teils der im Verlauf des Sechstagekriegs eroberten Gebiete im Austausch für einen umfassenden und dauerhaften Frieden mit Israels arabischen Nachbarn zu verhandeln. Diese Entschlüsse wurden durch Außenminister Eban an die Amerikaner, die Europäer sowie die arabischen Staaten übermittelt. Ebans Aussage zufolge waren die Vertreter der USA sprachlos angesichts der Großzügigkeit der israelischen Regierung.¹⁰ Er charakterisierte die Beschlüsse als „die dramatischste Initiative, welche die Regierung Israels jemals zuvor oder danach ergriffen hatte“.¹¹

Die Positionen der Mitglieder der israelischen Regierung wurden im Folgenden indes stark beeinflusst von den weitreichenden Beschlüssen des vierten Gipfeltreffens der Arabischen Liga, das vom 29. August bis 1. September 1967 in der sudanesischen Hauptstadt Khartum stattgefunden hatte („Khartum-Resolution“), sowie von der Radikalisierung der öffentlichen Meinung in Israel bezüglich der Bereitschaft zu einem Rückzug aus den besetzten Gebieten.

Infolgedessen traf die israelische Regierung im Verlaufe des Oktobers 1967 Entscheidungen, die ihrer Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Rückgabe der Gebiete zu widersprechen schienen. Auf einer Sitzung am 17. Oktober 1967 entschied die Regierung, dass Israel angesichts der von den arabischen Ländern eindeutig zum Ausdruck gebrachten Haltungen „die in den Waffenstillstandsvereinbarungen festgelegte Situation in vollem Umfang aufrechterhalten und entsprechend seinen essenziellen Sicherheits- und Entwicklungsnotwendigkeiten ausbauen“ werde.¹² Zwei Wochen später versprach Eschkol vor der Knesset, dass die Lage auf dem Sinai und den Golanhöhen „nicht mehr zum früheren Stand zurückkehren wird“.¹³ Doch hielt er sich eine Möglichkeit offen, die Regierungsentscheidungen vom 19. Juni 1967 doch noch vollständig umzusetzen. Nach sei-

⁸ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, explizit in ihrer Eigenschaft als Ministerkomitee für Sicherheitsangelegenheiten, 19.6.1967.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. Abba Eban, Pirke Haim [Eine Autobiographie], Bd. 2, Tel Aviv 1978 (Hebr.), S. 430 ff.

¹¹ Ebenda.

¹² ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 17.10.1967.

¹³ Stenografischer Bericht vom 30.10.1967, in: Knesset Debates.

ner Auffassung ließ sich alles rückgängig machen. Allerdings blieben diese Beschlüsse über viele Jahre ein sorgfältig gehütetes Geheimnis (unter der Bezeichnung „Geheimbeschlüsse“); das Regierungssekretariat bestritt ihre Existenz regelmäßig.¹⁴

Eschkols Schlussfolgerung, dass Israel letztendlich die meisten der im Sechstagekrieg eroberten Gebiete zurückgeben werde, stellte nur einen Aspekt seiner Gesamteinschätzung der im Anschluss an den Krieg entstandenen Lage dar. Ein weiterer Aspekt, der mit seinen als zionistischer Aktivist gewonnenen Einsichten in Sicherheitsprobleme zusammenhing, beruhte auf seiner Überzeugung, dass weder die in den von Israel eroberten Gebieten lebenden Palästinenser noch die Führer der Gesellschaften der arabischen Länder sich mit der Existenz Israels abfinden würden und dass sie mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dessen Vernichtung anstreben würden. Angesichts dieser Tatsache gab es keine Möglichkeit, mit ihnen zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. Er glaubte ebenso an die Effektivität einer Methode, mit der er mittlerweile sehr vertraut war: der Schaffung von Fakten. Mit anderen Worten: Da die Araber kein Interesse an der Existenz einer eindeutig jüdischen politischen Entität in der Region hatten und dieses auch in Zukunft nicht haben würden, lag die einzige Möglichkeit zur Bewahrung des Staats in unilateralen Maßnahmen, welche die Situation vor Ort veränderten. Daher sah Eschkol einerseits die im Krieg eroberten Gebiete als Verhandlungsmasse zum Zwecke der Unterzeichnung einer umfassenden Friedensregelung, andererseits versuchte er, an Ort und Stelle Fakten zu schaffen, wie zum Beispiel den Anschluss der Altstadt Jerusalems an den Westteil und sogar die Errichtung landwirtschaftlicher jüdischer Siedlungen auf den Golanhöhen, der Halbinsel Sinai, im Bereich Gusch Etzion und im Jordantal.¹⁵

II. Die Annexion Ost-Jerusalems, die Siedlungen und das Verhandlungskonzept

Ost-Jerusalem war das erste der aus diesem Ansatz folgenden Annexionsziele in den eroberten Gebieten. Bei der ersten Sitzung der israelischen Regierung nach dem Krieg, die am 11. Juni 1967 stattfand,¹⁶ initiierte Eschkol eine Debatte über die Wiedervereinigung der beiden Teile der Stadt, des Westteils, der seit 1948 zu Israel gehörte, und des Ostteils, den König Abdullah von Jordanien nach dem Krieg von 1948 annektiert hatte. Neun Tage später wurde eine Kabinettsitzung anberaumt, um die Gesetzentwürfe zu verabschieden, die zur Umsetzung der Annexion Ost-Jerusalems in Übereinstimmung mit den Empfehlungen eines Minis-

¹⁴ Die Regierung dementierte einen Bericht vom „Haaretz“, dem zufolge die Regierung bereits über ihre Politik bezüglich des Westjordanlands entschieden habe; YEA, File: Security V.

¹⁵ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, explizit in ihrer Eigenschaft als Ministerkomitee für Sicherheitsangelegenheiten, 19.6.1967.

¹⁶ Dies war das erste Mal, dass eine Sitzung der Regierung mit dem traditionellen jüdischen Gebet, dem „Shehecheyanu“ (hebräisch für „der uns das Leben gegeben hat“) eröffnet wurde. Dieses Gebet wird traditionell zur Feier besonderer Situationen gesprochen; ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 11.6.1967.

terkomitees ausgearbeitet wurden, das extra zu diesem Zweck unter Justizminister Ja'akov Schimschon Schapira eingerichtet worden war. Doch angesichts der panischen Botschaften von Außenminister Eban, der sich zu dieser Zeit anlässlich der Debatten der UN-Vollversammlung über Israel in New York aufhielt, schreckte der Premierminister zurück. Am Vortag hatte die Vollversammlung ihre Debatte über die Besetzung der von Israel gehaltenen Gebiete begonnen, und Eban war der Ansicht, dass ein Regierungsbeschluss zur Annexion Jerusalems für Israel schädlich sein werde.¹⁷ Eine Woche später allerdings begann die Regierung dennoch, diese Angelegenheit zu diskutieren, trotz Ebans wiederholter Bitten, ihre Beratungen zumindest bis zum Ende der Vollversammlung am 4. Juli aufzuschieben. Schließlich traf die Regierung die Entscheidung, Ost-Jerusalem an den israelischen Westteil, entsprechend den von Schapiras Ministerkomitee vorgeschlagenen Rahmenrichtlinien, anzuschließen.¹⁸

Nur acht Tage also nach ihrem „Geheimbeschluss“ zur Einleitung von Verhandlungen über einen umfassenden Frieden im Austausch für die Rückgabe der meisten besetzten Gebiete entschied die israelische Regierung Ostjerusalem sowie die umliegenden Dörfer zu annektieren. Sie ging damit einen Schritt, der, jedenfalls im Prinzip ihrer vorherigen Haltung grundsätzlich zu widersprechen schien. Wenn man doch derartige Verhandlungen einleiten wollte, wie konnte man dann zu diesem Zeitpunkt Teile der eroberten Gebiete annektieren? Doch trotz des anscheinenden Widerspruchs der beiden von ihm verfolgten Ansätze betonte Eschkol wiederholt, dass „unsere Hände in Frieden ausgestreckt sind zu all jenen, die Frieden wünschen“,¹⁹ und er erhielt die Auffassung aufrecht, dass kein Hindernis bestehe, auch Ost-Jerusalem zum Gegenstand zukünftiger Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zu machen. Er blieb allerdings extrem skeptisch, was die Bereitschaft der arabischen Staaten betraf, mit Israel über einen umfassenden und dauerhaften Frieden zu verhandeln. Aus diesem Grund und entsprechend seinem üblichen Ansatz sah er die Situation so, dass Fakten geschaffen werden mussten, und Jerusalem – aufgrund seiner historischen, emotionalen und nationalen Bedeutung – als der Ort betrachtet wurde, der es wert sei, dort den ersten entsprechenden Akt innerhalb der eroberten Gebiete zu vollziehen. Einen Monat später hatte Eschkol bereits zugestimmt, Kibbuzangehörige in Aleika auf den Golanhöhen anzusiedeln,²⁰ und unmittelbar im Anschluss an diese Entscheidung stimmte er der Errichtung zweier Außenposten des *Nahal*-Programms der israelischen Armee, das Militärdienst und die Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen verbindet, auf den Golanhöhen zu, der

¹⁷ Vgl. Uzi Benziman, *Jerusalem. A City Without a Wall*, Jerusalem 1973 (Hebr.), S. 49.

¹⁸ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 27.6.1967.

¹⁹ YEA, File: Symposiums and Evening Lectures and Discussions, Eschkol's remarks at a press conference, 27.6.1967.

²⁰ Im Bemühen, internationalen Druck zu vermeiden, wurde diese erste Siedlung auf den Golanhöhen anfänglich als „work camp“ bezeichnet. Diese Entscheidung fiel bei der Regierungssitzung vom 27.8.1967; ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 27.8.1967.

eine bei Baniyas (später der Kibbutz Snir) und der andere bei El-Al.²¹ Dazu kamen noch zwei *Nahal*-Außenposten im Sinai. Im folgenden Monat autorisierte er aus genau denselben Gründen ebenso die Errichtung von drei weiteren bei Gusch Etzion.²²

Was schließlich die Schaffung von Fakten in den besetzten Gebieten legitiimierte, jedenfalls in Eschkols Augen, waren die Beschlüsse des Gipfeltreffens der Arabischen Liga in Khartum vom 29. August bis 1. September 1967. Aus seiner Sicht bestätigten die bei diesem Treffen geäußerten „drei Neins“, wie sie von der internationalen Presse genannt wurden – nein zu Verhandlungen mit Israel, nein zum Frieden mit Israel und nein zur Anerkennung Israels,²³ den Verdacht, den er schon lange bezüglich der fehlenden Bereitschaft der Führer der Palästinenser und der Führer der arabischen Länder zur Anerkennung der Existenz Israels gehabt hatte. Für Eschkol beseitigten die Beschlüsse der Konferenz von Khartum sämtliche Hindernisse für die Errichtung von Siedlungen in den eroberten Gebieten, die nun Fall für Fall nur noch unter Aspekten der Sicherheit, der Wirtschaft und des nationalen Wohlergehens gesehen wurden. Es wird verschiedentlich die Meinung vertreten, dass Eschkols Einschätzung fehlerhaft gewesen sei und dass der Gipfel von Khartum bereits erste Anzeichen von Kompromissbereitschaft gegenüber Israel angedeutet habe und tatsächlich ein historischer Meilenstein auf dem Weg zu einer gemäßigten Haltung gewesen sei²⁴ – eine Auffassung, die der Verfasser des vorliegenden Beitrags nicht teilt.

Trotz dieser Entscheidungen – und beruhend auf seinem Konzept von den besetzten Gebieten als einer Verhandlungsmasse, die Israel eines Tags bei Gesprächen mit seinen arabischen Nachbarn über einen dauerhaften Frieden nützlich sein würden – rückte Eschkol bis zu seinem Tod niemals auch nur zeitweilig von der Vorstellung ab, dass alle von Israel in den besetzten Gebieten vorgenommenen Maßnahmen umkehrbar seien.²⁵ Theoretisch waren nach Eschkols Auffassung lediglich zwei Fragen offen und ungelöst: Der Umfang der Grenz Anpassungen, die man aus Sicherheitsgründen benötigte und die, wie er notierte, von den Gegebenheiten an Ort und Stelle bestimmt werden würden,²⁶ sowie die Zu-

²¹ Vgl. Yigal Kipnis, *The Mountain That Was as a Monster. The Golan Between Syria and Israel*, Jerusalem 2009 (Hebr.).

²² Vgl. Akiva Eldar/Idith Zertal, *Lords of the Land. The Settlers and the State of Israel*, Or Jehuda 2004 (Hebr.), und Haggai Hoberman, *Against All Odds. 40 Years of Settlement in Judea and Samaria, Binyamin, and the Valley*, Tel Aviv 2008 (Hebr.).

²³ Vgl. *Resolutions of the Arab Summit Conference Held in Khartoum from August 29 to September 1, 1967*, in: Meron Medzini (Hrsg.), *Israel's Foreign Relations. Basic Documents, 1948–1972*, Jerusalem 1972, S. 476 f. Zu diesen Entscheidungen vgl. auch Yoram Meital, *Egypt's Struggle for Peace. Continuity and Change, 1967–1977*, Gainesville 1997, S. 41–46, und New York Times vom 31.8.1967: „Nasser and Hussein Urge Compromise with Israel at Arabs' Summit Parley“; www.nytimes.com/1967/08/31/archives/nasser-and-hussein-urge-compromise-with-israel-at-arabs-summit.html [16.4.2018].

²⁴ Vgl. Avi Shlaim, *Lion of Jordan. The Life of King Hussein in War and Peace*, New York 2009.

²⁵ Vgl. *Newsweek*-Interview mit Eschkol vom 17.2.1969.

²⁶ Beispielsweise: Eschkols Ausführungen vor dem Politischen Ausschuss der „Vereinigung“ (der sozialdemokratischen Parteien Mapai und Achdut haAwoda) über die von Israel gefor-

kunft des Westjordanlands. Den Sinai würde man mit geringfügigen Grenzveränderungen an Ägypten zurückgeben, mit Ausnahme des Gazastreifens,²⁷ und die Golanhöhen würden an Syrien zurückgegeben werden, unter der Voraussetzung einiger Grenzanpassungen, mit denen Israels Sicherheitsbedürfnisse befriedigt würden.²⁸

Am 31. Oktober 1968 verabschiedete die israelische Regierung eine Resolution, die sich für die Errichtung einer durchgehenden Landverbindung zwischen Israel und dem südlichsten Punkt der Sinaihalbinsel, Scharm El-Scheich, aussprach, sowie für die Annexion des entsprechenden Gebiets. Entsprechend ihrer eigenen Bestimmungen sollte dieser Beschluss ein Teil des „Geheimbeschlusses“ werden. Diese Entscheidung stand im Widerspruch zu Premierminister Eschkols Ansatz, den er einige Monate später in einem Interview mit *Newsweek* zum Ausdruck bringen sollte,²⁹ dass nämlich der gesamte Sinai an Ägypten zurückgegeben werden solle. Andererseits war er sehr vorsichtig bei der Frage, an wen genau denn das Westjordanland zurückgegeben werden sollte – insbesondere die Gebiete mit hoher palästinensischer Besiedlung. Seine Haltung gegenüber den Palästinensern, einschließlich derer, die israelische Staatsbürger waren, war zu keinem Zeitpunkt sonderlich freundlich, was seinen Grund darin hatte, dass er sie verdächtigte, die Juden aus dem Land treiben zu wollen. Er sah keinerlei Möglichkeit für eine jüdisch-palästinensische Integration und erkannte die Palästinenser als eigenständige nationale Entität an, die vollen Anspruch auf soziale, kulturelle und nationale Rechte erheben konnte.³⁰ Die Frage war, welche Option einer Lösung des Problems angemessen war. Zunächst hatte er die Vorstellung, dass das Westjordanland schließlich unter lokale palästinensische Herrschaft gelangen sollte. Gegen Ende des Jahres 1967 begann er allerdings die sogenannte jordanische Option zu erwägen, das heißt eine neuerliche Annexion des größten Teils des Westjordanlands durch das Königreich Jordanien, und er machte entsprechende Andeutungen bei Sitzungen mit den wichtigsten Vertretern der israelischen Sicherheitsorgane.³¹ Auf jeden Fall war er der Überzeugung, dass der größere Teil dieses Gebiets schließlich seinen arabischen beziehungsweise palästinensischen Besitzern zurückgegeben würde: „Wir alle wissen, verstehen

derten Grenzkorrekturen; YEA, File: Secretariat-Central Committee, Sitzungsprotokoll des Politischen Ausschusses der „Vereinigung“, 27.2.1968.

²⁷ ISA und YEA, Protokoll der Regierungsbeschlüsse, 31.10.1968. Wie wir gesehen haben, wurde teilweise argumentiert, dass diese Entscheidung den „Geheimbeschluss“ annulliert habe; vgl. Ehud Manor, Functional or Territorial? The Debate between Dayan and Allon regarding the Future of the West Bank, in: *Judea and Samaria* 26 (2017) (Hebr.), S. 142 f. Obwohl ich, wie oben festgestellt, nicht mit diesen Schlussfolgerungen übereinstimme, würde eine Diskussion dieses Artikels den Rahmen des vorliegenden Texts sprengen.

²⁸ Beispielsweise Eschkols Feststellungen gegenüber der israelischen Regierung bezüglich notwendiger Grenzanpassungen auf den Golanhöhen; ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 3.9.1967.

²⁹ Vgl. *Newsweek*-Interview mit Eschkol vom 17.2.1969.

³⁰ Dazu Eschkols Gespräch mit Hanna Zemer am 29.3.1968 in: YEA, File: Security V.

³¹ ISA, 12/711781/A, Protokolle von Eschkols Sitzung mit Mosche Dajan, Yitzhak Rabin und den Generälen der israelischen Armee, 5.12.1967.

und erklären, dass wir nicht besonders glücklich darüber sind, um eine Million Araber reicher zu sein“,³² äußerte er ganz offen und brachte damit eine feste Überzeugung zum Ausdruck, von der er nie abweichen sollte.

III. Nach dem Sieg: „Falken“ und Abnutzungskrieg

In der Folge des Sechstagekriegs entwickelte sich ein grundlegender Konflikt zwischen Premierminister Levi Eschkol und Verteidigungsminister Mosche Dajan. Abgesehen von persönlichen Rivalitäten zwischen diesen beiden prominenten Politikern, war dieser Konflikt bezeichnend für den Generationenkonflikt in der politischen Spitzengruppe Israels um die Kontrolle von Regierung und Staat: Eschkol, der Repräsentant der altgedienten Führung, der die Unterstützung Golda Meirs genoss, die zu dieser Zeit Generalsekretärin und eine der dominierenden Figuren der Regierungspartei war, und ihre beiden Verbündeten, Finanzminister Pinchas Sapir und Erziehungsminister Zalman Aran? Oder Mosche Dajan, der charismatische Vertreter von Anführern der nächsten Generation? Im Rückblick war es zugleich ein Kampf um den zukünftigen Weg des Staats Israel: Zwischen Eschkol, der die moderaten „Tauben“ repräsentierte und die Gebiete im Austausch gegen einen umfassenden Frieden zurückgeben wollte, und Dajan, der auf die eine oder andere Weise die „Falken“ repräsentierte, die mindestens einen Teil der Gebiete behalten wollten. Zu diesem Zeitpunkt schien die israelische Gesellschaft eher in die Richtung Dajans zu tendieren, dessen Position als Verantwortlicher für die Verwaltung der besetzten Gebiete seine Stellung in der israelischen Öffentlichkeit noch verstärkte,³³ sowie der anderen Mitglieder seiner Rafi-Partei, in der auch Schimon Peres eine prominente Figur war.

Das ägyptische Artilleriefeuer entlang des Suezkanals sowie eine Reihe von Zwischenfällen unmittelbar nach dem Krieg, die von Ägypten inszeniert wurden, sah man eher als Vorkommnisse der Außenpolitik denn als militärisch bedeutsam. Mittels dieser Zwischenfälle versuchten die Ägypter, der arabischen Welt sowie der öffentlichen Meinung im eigenen Land zu beweisen, dass sie sich nicht mit der Schließung des Kanals abfinden würden. Ebenso machten sie klar, dass der Krieg gegen Israel solange weitergehen werde, bis „die Schande von 1948, 1956 und 1967 ausgelöscht“ sei, wie es die ägyptische Staatszeitung *Al-Ahram* formulierte.³⁴ So gesehen waren die israelisch-ägyptischen Grenzzwischenfälle Teil einer breiteren außenpolitischen Aktivität und wurden von Eschkol und Dajan auch so verstanden. Dajan empfahl der Regierung sogar präventive militärische Schritte³⁵ wie zum Beispiel aggressive Manöver israelischer Schiffe im Suezkanal, um so im Bereich der Außenpolitik eine neue Realität zu schaffen.³⁶

³² Ebenda.

³³ Vgl. Shabtai Teveth, Moshe Dayan. A Biography, Jerusalem/Tel Aviv 1971 (Hebr.), und Mordechai Bar-On, Moshe Dayan. A Biography, 1915–1981, Tel Aviv 2014 (Hebr.).

³⁴ Al-Ahram vom 29.9.1967 (Arab.).

³⁵ Vgl. Yoav Gelber, Attrition. The Forgotten War, Or Jehuda 2017 (Hebr.), S. 335–337.

³⁶ Vgl. Eitan Haber, Today War Will Break Out. The Reminiscences of Brig. General Israel Laor, Aide-de-Camp to Prime Ministers Levi Eshkol and Golda Meir, Tel Aviv 1987 (Hebr.), S. 286–288.

So befand sich Israel unmittelbar nach dem Krieg mitten in einem schleichenden Abnutzungskrieg. Auch hier war es Gamal Abdel Nasser, der über die Kriegstaktik entschied, trotz Ägyptens Niederlage, seines Rücktrittsangebots als Präsident unmittelbar nach dem Krieg, und obwohl er die Verantwortung für die Niederlage übernommen hatte. Seine bald darauf folgende Meinungsänderung weckt Zweifel an der Echtheit seiner dramatischen Geste, auch wenn manche weiterhin meinen, dass seine Absichten ehrlich gewesen seien³⁷ und er nur unter dem Druck der Massen erneut die Präsidentschaft übernommen habe,³⁸ was ebenfalls zutreffen mag. Jedenfalls widmete Nasser unmittelbar nach seiner Rückkehr an die Macht seine Aufmerksamkeit dem Wiederaufbau des ägyptischen Militärs. In Abstimmung mit den Sowjets, die nun mit umfangreicheren Waffenlieferungen nach Ägypten und Syrien begannen,³⁹ sah Nasser die Wiederherstellung und Verstärkung der ägyptischen Militärmacht als eines der Hauptziele seiner Politik.⁴⁰ In der Tat brachte die Sowjetunion in nur 18 Monaten die militärische Stärke Ägyptens wieder auf den Vorkriegsstand.⁴¹ Der ägyptische Präsident war von einer Ideologie des „Auswischens der Spuren der israelischen Aggression“ geleitet, und zu den „Stationen des Wiederaufbaus“, die er in den folgenden drei Jahren aufzählte, gehörten „robuste Basis“, „vorbeugende Verteidigung“ und „Befreiung“ (*tahrir*).⁴²

Dies hilft dabei, zu erklären, warum sich Nasser unmittelbar nach dem Krieg bemühte, ein gewisses Maß an militärischen Spannungen mit Israel aufrechtzuerhalten, was in erster Linie seinen Ausdruck darin fand, dass Ägypten sich weigerte, die militärischen Erfolge Israels anzuerkennen. Tatsächlich kam es nur wenige Wochen nach dem Ende des Kriegs zu einem militärischen Zwischenfall, der größtenteils von Ägypten ausging. Die Vorkommnisse begannen entlang des nördlichen Suezkanals bei Al-Qantara, das von der israelischen Armee besetzt war, zwei Wochen nach dem Ende der Kämpfe. Mehrere Soldaten und Zivilisten wurden dabei verwundet, und es kam zu weitreichenden Zerstörungen.⁴³ Später konzentrierten sich die Zwischenfälle erneut auf den nördlichen Suezkanal zwischen Al-Qantara und Port Said, in den nördlichen Marschen des Sinai, welche die israelische Armee sich zu kontrollieren bemühte. Beteiligt waren Bodentruppen und Panzerkräfte, Artillerie sowie die Luftstreitkräfte Israels und Ägyptens. Die Situation eskalierte weiter, als die israelische Marine zwei ägyptische Torpedoboote versenkte, und die Ägypter zur Vergeltung die INS Eilat, einen israelischen Zerstörer, versenkten, wobei 47 Angehörige der Besatzung getötet und 91 verwundet wurden. In einer schweren Vergeltungsaktion beschoss die israelische Armee Gasver-

³⁷ Vgl. Said K. Aburish, *Nasser – The Last Arab. A Biography*, New York 2004.

³⁸ Vgl. Sam Witte, *Gamal Abdel Nasser*, New York 2004.

³⁹ Vgl. Yaacov Roi, *From Encroachment to Involvement. A Documentary Study of Soviet Policy in the Middle East, 1945–1973*, New York 1974, S. 447–449.

⁴⁰ Vgl. Mustafa Kabha, *Harb al-Istinzaf. The War of Attrition as Reflected in Egyptian Sources*, Ramat Efal 1995 (Hebr.), S. 59, und Gelber, *Attrition*, S. 297–302.

⁴¹ Vgl. Moshe Dayan, *Milestones. An Autobiography*, Bd. 2, Tel Aviv 1976 (Hebr.), S. 512.

⁴² Nasser's Rede vom 10.3.1968 in: Kabha, *Harb al-Istinzaf*, S. 35.

⁴³ Vgl. Gelber, *Attrition*, S. 330–334.

sorgungs- und Düngemittelanlagen in Suez und anderen nahegelegenen Städten mit Artillerie. Dies führte zur Flucht von mehr als 350.000 ägyptischen Zivilisten aus den Kanalstädten Ismailia, Al-Qantara und Suez ins ägyptische Hinterland,⁴⁴ womit nach gängiger Geschichtsschreibung der Abnutzungskrieg begann. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bewies, dass es der israelischen Armee trotz ihres dramatischen Siegs nicht gelungen war, im Verlaufe des Sechstagekriegs eine praktisch wirksame Abschreckung zu erreichen.

IV. In der internationalen Arena

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den ägyptischen und israelischen Streitkräften fanden in zeitlicher Nähe zur Eröffnung der UN-Vollversammlung statt, die angesetzt worden war, um das Thema der besetzten Gebiete zu erörtern. Das Ergebnis illustrierte den Zusammenhang zwischen den militärischen Ereignissen in der Region und den internationalen Aspekten des Konflikts. Letztere waren auch der Grund, warum Eschkol den permanenten intensiven diplomatischen Kontakten zu den Vereinigten Staaten solche Dringlichkeit zuschrieb.⁴⁵ Ein Grund dafür war Israels Besorgnis aufgrund der Stellungnahmen der Amerikaner, die man als deutliche Unterstützung für Ägypten verstand. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang waren die Stellungnahmen Joseph Siscos, den intensiv mit dem Nahen Osten befassten *Assistant Secretary of State* für internationale Organisationen, ab 30. Januar 1969 für den Nahen Osten und Südostasien. Er sprach sich für einen einseitigen israelischen Rückzug vom Ufer des Suezkanals als Eröffnungszug für Verhandlungen aus. Seiner Meinung nach musste Israel die Interessen der USA berücksichtigen, was die Herstellung vernünftiger Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie der Sowjetunion bedeutete. Über diesen Punkt kamen ernsthafte Meinungsverschiedenheiten auf, wenn auch die Spannungen nachließen, als die US-Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1968 näher rückten und sich die US-Regierung bemühte, wenn auch nur des Anscheins wegen, ihrem Image als Israels verlässlichster Alliierter entgegenzuwirken, als welcher sie von den arabischen Ländern und der Sowjetunion dargestellt wurde.

Dies war auch der Grund, weshalb die amerikanische Regierung die sowjetischen Vorschläge für ein Ende des Konflikts zurückwies. Sie waren den Vereinigten Staaten am 4. September 1968 übergeben worden und für die damaligen Verhältnisse moderat, allerdings blieben sie immer noch weit hinter dem zurück, was Israel forderte.⁴⁶ Jitzchak Rabin, nun israelischer Botschafter in Washington, wur-

⁴⁴ Vgl. Dan Scheuftan, *Attrition. Egypt's Postwar Political Strategy, 1967–1970*, Tel Aviv 1989 (Hebr.); Kabha, *Harb al-Istinza*; Abraham Zohar, *War of Attrition, 1967–1970*, Tel Aviv 2012 (Hebr.), und Gelber, *Attrition*, S. 334–337.

⁴⁵ Vgl. Maariv vom 4.10.1967: „Erklärungen von Yitzhak Rabin“ (Hebr.).

⁴⁶ United States National Archives, Washington (künftig: USNA), RG59, Central Files 1967–1969, POL 14-27 ARAB-ISR, Memorandum der Regierung der Sowjetunion zum Thema Frieden, Dean Rusk übergeben von Anatolij Dobrynin, zu finden in einem Bericht über ein Gespräch zwischen Rusk und Dobrynin, 4.9.1968.

de über den Inhalt des sowjetischen Plans informiert und begann entschiedene Verhandlungen mit Außenminister Dean Rusk, um die vollständige Zurückweisung dieser Vorstellungen zu erreichen. Er behauptete, die Sowjets seien entschlossen, Nassers Position zu stärken und hätten keinerlei Interesse an einem dauerhaften Frieden. Er erklärte, dass er keinen Grund habe anzunehmen, dass die Sowjetunion nicht die Vernichtung Israels unterstütze.⁴⁷ Schließlich informierte Rusk etwa einen Monat nach der Veröffentlichung des Plans Anatolij Dobrynin, den sowjetischen Botschafter in Washington, über die Zurückweisung der Vorschläge durch die Vereinigten Staaten.⁴⁸ Kurz danach allerdings erfuhr Rabin, dass Rusk dem ägyptischen Außenminister Mahmoud Riad ein Dokument hatte zukommen lassen, das einen detaillierten Sieben-Punkte-Plan zur Lösung des Konflikts in der Region enthielt, aber Israels entscheidende Forderungen, deren wichtigste die von direkten Verhandlungen über eine umfassende Friedensvereinbarung war, nicht erwähnte.⁴⁹ Rabin protestierte gegen diesen Plan, der aber zu Israels Zufriedenheit von Ägypten zurückgewiesen wurde. Ägypten forderte seinerseits, dass seine Verhandlungen mit Israel auf dem UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 beruhen sollten. Wenige Tage vor dem Ende von Lyndon Johnsons Amtszeit erkannte der scheidende Präsident Israels Forderung nach direkten Verhandlungen und der Unterzeichnung eines dauerhaften Friedensabkommens zwischen den Ländern der Region an.⁵⁰

Schließlich gerieten zum Ende dieser Angelegenheit die amerikanisch-israelischen Beziehungen nicht in eine Krise, eine Möglichkeit, die Eschkol die ganze Zeit gefürchtet hatte. Und wenn er auch fest versicherte, dass „das Blut unserer Soldaten nicht billig zu haben“ sei,⁵¹ wie er es in seiner traditionellen Rede zur Eröffnung der Wintersitzung der Knesset formulierte, so verstand er doch ebenso, dass er sich nicht auf derartige Drohungen oder auf gelegentliche Vergeltungsaktionen seitens Israels (wie zum Beispiel den Angriff auf die Raffinerien von Suez als Vergeltung für die Versenkung der INS Eilat) beschränken konnte. Eine Lösung musste ganz eindeutig umfassend sein und internationale Beteiligung sowie Friedensgespräche beinhalten. Aus diesem Grund startete er eine Reihe außenpolitischer Aktionen in der nahöstlichen Region und besonders in der weiteren internationalen Arena, wobei die Kontakte zu den Amerikanern eindeutigen Vorrang hatten. In diesem Geiste initiierte er eine geheime Kommunikation mit

⁴⁷ Vgl. Memorandum of Conversation, 18.9.1968, in: Foreign Relation of the United States, Department of State, Washington (künftig: FRUS), 1964–1968, Bd. 20: Arab-Israeli Dispute, 1967–1968, Washington 2001, Dok. 256, S. 504–508; www.history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v20/d256 [18.4.2018].

⁴⁸ USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 14 ARAB-ISR, Memorandum über das Gespräch zwischen Außenminister Dean Rusk und seinem Assistenten mit Dobrynin im Außenministerium in Washington, 29.9.1968.

⁴⁹ USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 27 ARAB-ISR, Dokumente zu Rusks sieben Punkten; vgl. auch Mahmoud Riad, *The Struggle for Peace in the Middle East*, London/New York 1981, S. 90 f.

⁵⁰ USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 27 ARAB-ISR, Telegramm Rusk, Außenministerium, an die Botschaft in Israel, 25.12.1968.

⁵¹ Stenografischer Bericht vom 30.10.1967, in: Knesset Debates (Hebr.).

König Hussein von Jordanien, die er als äußerst bedeutsam für die Zukunft der auswärtigen Beziehungen Israels in der Region ansah.⁵² Im Juli 1967 hatte er bereits Abba Eban und Yaakov Herzog nach London geschickt, um sich dort mit dem König zu treffen, dem die beiden eine Reihe von Vorschlägen zur Lösung der Probleme zwischen Israel und Jordanien unterbreiteten.⁵³ Später kam es zu zahlreichen Kontakten zwischen der jordanischen Königsfamilie und hochrangigen Vertretern Jordaniens auf der einen Seite, und dem israelischen Außenminister sowie hochrangigen Vertretern Israels bis hin zu weiteren Regierungsmitgliedern auf der anderen Seite.⁵⁴ König Hussein brachte anfänglich seine Enttäuschung über diese Gespräche zum Ausdruck, besonders nachdem er im Januar 1968 Jigal Allon getroffen und erfahren hatte, dass Israel nicht vorhabe, sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen.⁵⁵

Über seine Emissäre bemühte sich Eschkol, den König von der Ernsthaftigkeit seiner Absichten zu überzeugen⁵⁶ und versicherte ihm, dass die ihm gegenüber vorgebrachten Ansichten, besonders diejenigen Allons, nur der Ausgangspunkt für Verhandlungen sein sollten. Und tatsächlich gingen die Treffen weiter. Zur selben Zeit initiierte Eschkol Gespräche mit einer Reihe palästinensischer Führer aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen. Über Mosche Sasson vom Außenministerium,⁵⁷ seinem Vertreter bei diesen Gesprächen, versuchte er über politische Fragen ins Gespräch zu kommen sowie ad hoc aufgetretene Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Einer der von ihm vorgebrachten Vorschläge war die Einrichtung einer autonomen Regierung im Westjordanland und eventuell auch im Gazastreifen. Eine solche Regierung sollte für zivile Angelegenheiten in den Gebieten zuständig sein, wobei zumindest anfänglich Sicherheitsangelegenheiten unter israelischer Kontrolle bleiben sollten. Die Vertreter der Palästinenser wiesen diesen Vorschlag zurück und verlangten, eine Lösung für das Problem der Gebiete müsse untrennbarer Bestandteil einer umfassenden Lösung für den Konflikt im Nahen Osten sein. Später, nachdem Eschkol begonnen hatte, der jordanischen Option mit Blick auf das Westjordanland den Vorzug zu geben, maß er den Gesprächen mit den Palästinensern weniger Bedeutung bei.⁵⁸

Wie bereits festgestellt, liefen die meisten internationalen Kontakte Eschkols im Zusammenhang mit einer Lösung des Konflikts in der Region über die Ameri-

⁵² Zur positiven Haltung Eschkols gegenüber König Hussein das Gespräch mit Zemer am 5.4.1968 in: YEA, File: Symposiums and Evening Lectures and Discussions.

⁵³ Zu dem Treffen zwischen König Hussein, Abba Eban und Yaakov Herzog vgl. Beilin, *Price of Unification*, S. 50.

⁵⁴ USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 27 ARAB-ISR, Telegramm Rusk, Außenministerium, an die Botschaft in Jordanien, 1.5.1968.

⁵⁵ Vgl. Beilin, *Price of Unification*, S. 51.

⁵⁶ Wie bereits festgestellt, neigte Eschkol ab Dezember 1967 zur jordanischen Option; YEA, File: Security V, Proposal for a Political Solution, 20.7.1967.

⁵⁷ Anfang Dezember 1968 ernannte Eschkol Mosche Sasson zum Vorsitzenden des Ministerkomitees für die verwalteten Territorien; YEA, File: Security V, Adi Yafehs Brief an Regierungsssekretär, 5.12.1968.

⁵⁸ Dazu Eschkols Anmerkungen in einem Interview mit Zemer am 14.11.1969 in: YEA, File: Symposiums and Evening Lectures and Discussions.

kaner. In diesem Rahmen galt seine höchste Aufmerksamkeit den Debatten innerhalb der UN beziehungsweise UN-Institutionen, die im Herbst 1967 begannen. Wie wir gesehen haben, wies der Premierminister kurz nach dem Ende der Feindseligkeiten seinen Außenminister an, Kongressabgeordneten und Mitgliedern der US-Regierung Israels Politik bezüglich der besetzten Gebiete im Lichte der Regierungsbeschlüsse vom 19. Juni („Geheimbeschlüsse“) zu verdeutlichen: die Bereitschaft, sich aus den meisten der während des Sechstagekriegs besetzten Gebiete zurückzuziehen, im Austausch gegen einen echten und umfassenden Friedensvertrag. Gleichzeitig bat Eschkol die Amerikaner, sich gegen jede Entschließung zu stellen, die einen einseitigen israelischen Rückzug aus den Gebieten forderte, da dies den grundlegenden Interessen des Lands widerspreche. Für Johnson stellte dies kein ernsthaftes Dilemma dar, da die amerikanischen Interessen üblicherweise den israelischen Positionen entsprachen. Aufgrund der Differenzen, die sich dennoch zwischen den Zielsetzungen der beiden Länder ergaben, waren die Amerikaner allerdings nicht immer in der Lage, Eschkol und seine Regierung zufrieden zu stellen.

Bereits vor dem Sechstagekrieg hatte Johnson seine ernsthaften und tiefen Sympathien für Israel zum Ausdruck gebracht, und in seinen Augen hatte der Verlauf des Kriegs nur bestätigt, wie entscheidend wichtig diese Unterstützung sowohl auf der militärischen als auch der politischen Ebene war.⁵⁹ Er konnte allerdings die politischen Forderungen der arabischen Länder und besonders ihres sowjetischen Verbündeten nach einem vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten nicht gänzlich ignorieren. Eschkol war das Dilemma, in dem Johnson sich befand, sehr wohl bewusst. Johnson neigte dazu, den arabischen Forderungen zuzustimmen. Aus diesem Grund erklärte er, dass die israelische Regierung tatsächlich die Absicht habe, sich aus den meisten während des Kriegs eroberten Gebieten zurück und lediglich rote Linien zu ziehen, ohne welche es nicht möglich sein werde, einen solchen Rückzug durchzuführen. Als die UN-Vollversammlung von Oktober/November 1967 näher rückte, sandte Eschkol Johnson einen Brief, in dem er die beiden für Israel entscheidenden Bedingungen für einen Rückzug aus den eroberten Gebieten spezifizierte: direkte Verhandlungen mit den Nachbarstaaten und keine Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen (der Grünen Linie). Ohne die Erfüllung dieser beiden Vorbedingungen, erklärte er, würde sich Israel jeder von der UN oder irgendeinem anderen internationalen Forum getroffenen Entscheidung widersetzen.⁶⁰

Johnson hatte bei einer Reihe von Gelegenheiten in der Vergangenheit die Ansicht zum Ausdruck gebracht, dass Israels Forderungen durchaus logisch seien. Er wies demzufolge den US-Botschafter bei der UNO, den jüdischen Historiker Arthur Goldberg, an, einen Kompromiss auszuarbeiten, der sowohl Israels Regierung zufriedenstellen als auch die Forderungen der Araber und Sowjets berück-

⁵⁹ Vgl. Robert Caro, *The Years of Lyndon Johnson Set*, 4 Bde., New York 2013, und Joseph A. Califano, Jr., *The Triumph & Tragedy of Lyndon Johnson. The White House Years*, New York u. a. 2015.

⁶⁰ ISA, 4/7454/A, Brief Levi Eschkols an Lyndon Johnson, 23.10.1967.

sichtigen sollte. Anfang November 1967 legten die Amerikaner dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf über Israels Rückzug aus den im Krieg eroberten Gebieten vor. Im Gegensatz zu dem gleichzeitig vorgelegten Vorschlag Indiens, der den vollständigen israelischen Rückzug „aus allen Gebieten“ forderte, verlangten die Amerikaner einen Rückzug aus besetzten Gebieten. Allerdings erwähnte der amerikanische Vorschlag nicht Israels zweite Forderung, direkte Verhandlungen mit den Nachbarstaaten, sondern spezifizierte lediglich, dass der UN-Generalsekretär einen Vertreter entsenden solle, der beide Seiten dabei unterstützen solle, ein Friedensabkommen zu erreichen. Als Reaktion auf einen Entwurf dieses amerikanischen Vorschlags, sandte Eschkol am 7. November einen Brief an Außenminister Eban, in welchem er ihn bat, die Unzufriedenheit der israelischen Regierung bezüglich des Themas Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen.⁶¹ Eban verstand allerdings den amerikanischen Vorschlag als einen Sieg und überzeugte Eschkol von der Notwendigkeit, weiterhin mit Goldberg zusammenzuarbeiten und davon abzusehen, sich zu diesem kritischen Zeitpunkt öffentlich gegen die Amerikaner zu stellen.

In der Zwischenzeit war die Debatte im Sicherheitsrat in eine Sackgasse geraten, die erst überwunden wurde, nachdem die Briten einen eigenen Kompromissvorschlag vorgelegt hatten. Lord Caradon (Sir Hugh Foot), der Vertreter des Vereinigten Königreichs bei der UNO, hatte da Erfolg, wo Goldberg erfolglos geblieben war, obwohl sein Vorschlag dem amerikanischen äußerst ähnlich sah. Mit nur geringfügigen Änderungen und zur Zufriedenheit der beiden gegnerischen Seiten fand der britische Vorschlag am 22. November 1967 die Zustimmung des Sicherheitsrats. Aus der Präambel zu der Resolution, welche die Nummer 242 trug, konnten Sowjets und Araber die Annahme ihrer Forderung nach Israels vollständigem Rückzug aus allen eroberten Gebieten herauslesen, beruhend auf der ausdrücklichen Erwähnung der „Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg“.⁶² Gleichzeitig sahen einige Mitglieder der israelischen Regierung, die über einige Aspekte des Vorschlags im Allgemeinen und die Präambel im Besonderen keineswegs erfreut waren,⁶³ darunter Eschkol einen anderen Aspekt des Beschlusses als einen wichtigen Sieg an: Die Forderung des „Rückzugs der israelischen Streitkräfte aus (den)⁶⁴ Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“ anstatt aus „allen [besetzten] Territorien“. Sie waren mit dem Abschnitt der Resolution absolut einverstanden, der die Länder der Region zur „Beendigung jeder Geltendmachung des Kriegszustands beziehungsweise jedes Kriegszustands sowie der Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staats in der Region und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von

⁶¹ ISA, 3/7936/A, Brief Eschkols an Eban, 9.11.1967; ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 7.11.1967.

⁶² New York Times vom 23.11.1967.

⁶³ ISA, 3/7936/A, Brief Eschkols an Eban, 17.11.1967.

⁶⁴ Englische Version: „from territories“. Die deutsche Version der Resolution ist zu finden unter www.un.org/depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf [16.5.2018].

Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben“ aufrief.⁶⁵ Nichtsdestoweniger nahm Eschkol wegen der von ihm als problematisch betrachteten Teile der Resolution sowie aufgrund seiner Furcht vor einem Zerbrechen der Regierungskoalition weder zustimmend noch ablehnend zu ihr Stellung.

V. Die Sicherheitsratsresolution 242, Jarrings Mission und die Siedlerbewegung

Etwa zwei Monate nach der Verabschiedung der Resolution 242 des Sicherheitsrats startete Eschkol eine diplomatische Kampagne in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Kanada. Bei den Treffen mit den Spitzen dieser Länder sagte man ihm, dass sie an ihrer Entscheidung, die Resolution umzusetzen, festhalten würden. Er erfuhr ebenso, dass viele weitere Staatsmänner überall auf der Welt diesen Beschluss ganz ähnlich sahen. Dementsprechend wurde Eschkol deutlich bewusst, dass die Resolution 242 auf breite internationale Zustimmung traf und von nun an eine entscheidende Rolle bei einer endgültigen Lösung des Konflikts in der Region spielen würde.

Obwohl die Debatten des Sicherheitsrats über die Resolution 242 den Beweis erbracht hatten, dass man sich auf die US-Politik verlassen konnte, war Eschkol doch unzufrieden mit einer Reihe von Positionen, die amerikanische Politiker zu diesem Thema zum Ausdruck gebracht hatten. Eine davon war die Einstufung der Grünen Linie – mit einigen kleineren Änderungen – als der endgültigen Grenze zwischen Israel und seinen Nachbarn (trotz des positiven Aspekts dieser Position, nämlich der grundsätzlichen Ablehnung eines israelischen Rückzugs auf eben diese Grenze). Eschkol war allerdings hauptsächlich darüber besorgt, dass die Vereinigten Staaten seine entschiedene Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen Israel und den anderen Staaten der Region nicht unterstützt hatten. Die Amerikaner betrachteten das nicht als prinzipielle Angelegenheit, die eine internationale Krise gerechtfertigt hätte, und begrüßten die unmittelbar bevorstehende Ankunft des schwedischen Diplomaten Gunnar Jarring in Jerusalem, einem Gesandten des UN-Generalsekretärs, der in Übereinstimmung mit der Resolution 242 den Auftrag erhalten hatte, die Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu betreuen. Das war der Grund für Eschkols Bitte um ein weiteres Treffen mit Präsident Johnson, bei dem er seinen Standpunkt unmittelbar darlegen wollte. Ein weiterer und noch wichtigerer Grund für Eschkols Wunsch, Johnson zu treffen, hing mit Israels Bitte zusammen, von den USA mit zusätzlichen modernen Waffen ausgerüstet zu werden, besonders mit Phantom-Kampfflugzeugen.

Am 7. Januar 1968 traf Eschkol zu einem zweitägigen Besuch auf Johnsons Ranch in Texas ein.⁶⁶ Am zweiten Tag seines Besuchs traf der Premierminister den Präsidenten unter vier Augen, und wieder einmal fanden beide Politiker eine gemeinsame Sprache. Johnson erklärte seinem Gast die Probleme, die er in Bezug

⁶⁵ ISA, 3/7936/A, Brief Eschkols an Eban, 17.11.1967.

⁶⁶ Vgl. Goldstein, Eshkol, S. 594.

auf den Nahen Osten mit der Sowjetunion hatte, sowie seinen Wunsch, einige dieser Probleme sofort zu lösen, da er plante, mit den Sowjets über eine weltweite nukleare Abrüstung zu verhandeln. Eschkol berichtete Johnson über die Herausforderungen, denen sich Israel auch nach seinem großen Sieg immer noch gegenüber sah. Von den Nachbarstaaten drohe Gefahr, die auf der Konferenz von Khartum bewiesen hätten, dass sie kein Interesse am Frieden hätten. Wieder einmal beendete Eschkol die Gespräche mit einem Ergebnis, das sich vorzeigen ließ. Man hatte ihm versichert, dass die Amerikaner bezüglich der besetzten Gebiete keinerlei Schritte unternehmen würden, ohne zuerst Israel zu konsultieren. Johnson versprach außerdem, der israelischen Armee einige Dutzend Skyhawk-Kampfflugzeuge zu liefern. Außerdem, und das war vielleicht noch wichtiger, wies er das Pentagon an, israelische Piloten an Phantoms auszubilden, wodurch er indirekt seine Zustimmung dazu erteilte, Israel in den kommenden Jahren mit diesem Kampfflugzeug auszustatten.⁶⁷

Aufgrund der immensen Bedeutung, die die Premierminister von Kanada und Großbritannien der Umsetzung der Resolution 242 ihm gegenüber beigemessen hatten, von Johnson und Rusk ganz zu schweigen, begriff Eschkol, wie ernst Israel auch die Entsendung von Jarring nehmen musste. Im Dezember 1967 initiierte der schwedische Diplomat Gespräche mit dem Ziel, eine Konferenz der Staatsoberhäupter des Nahen Ostens einzuberufen. In seinen intensiven Diskussionen mit Staatsoberhäuptern und hochrangigen Ministern erfuhr er, dass sich die jeweiligen Parteien noch nicht mit den Ergebnissen des Sechstagekriegs abgefunden hatten und dass die Führer der arabischen Länder keine Möglichkeit zu einer diplomatischen Lösung sahen, die von ihnen die Anerkennung des Staats Israel verlangte. Im Gegenteil, sie hatten den Verdacht, dass einflussreiche politische Kreise in Israel daran interessiert waren, die im Krieg besetzten Gebiete zu annektieren.

Jarrings Gespräche fanden gleichzeitig mit dem Abnutzungskrieg statt, der sich in der Zwischenzeit zwischen Israel und Ägypten entwickelt hatte, sowie mit den wiederkehrenden Angriffen der palästinensischen al-Fatah auf israelische Ziele. Das Dilemma, dem Israel sich in dieser Zeit gegenüber sah, bestand darin, wie man gegenüber dem UN-Gesandten und der ganzen Welt beweisen konnte, dass man ein Interesse am Frieden hatte, während man gleichzeitig seine Angriffe auf Ägypten intensivierte. Auch an der östlichen Front hatte Israel seine Operationen verstärkt, etwa mit der Militäroperation in der Stadt Karame am 21. März 1968.⁶⁸

Nichtsdestoweniger und entgegen den arabischen Forderungen bemühte sich Eschkol, die Gespräche mit Jarring voranzutreiben, da er der Überzeugung war, dass die einzige Alternative dazu der offene Bruch mit den Ländern der Welt und

⁶⁷ Vgl. ebenda.

⁶⁸ ISA, 8161/11/a, Sitzungsprotokoll des Knesset-Ausschusses für Außenpolitik und Sicherheit, 26.3.1968. Vgl. auch Yedioth Ahronoth vom 23.3.1968 (Hebr.); Al-Ahram vom 24.3.1968 (Arab.), und Eschkols Rede vor der Knesset im Stenografischen Bericht vom 25.3.1968, in: Knesset Debates (Hebr.).

besonders den USA sei.⁶⁹ Jarring gelang es allerdings nicht, die Gespräche aus der Sackgasse herauszubekommen, in welche sie geraten waren. Die arabischen Staatsoberhäupter begegneten den wiederholten Aufrufen des israelischen Premierministers zum Frieden mit Misstrauen⁷⁰ oder gar Verachtung. „Wir sind jederzeit bereit, mit Ägypten Frieden zu schließen“,⁷¹ teilte Eschkol Jarring sowie jedem anderen, den es interessierte, mit: „Sie wissen, dass wir äußerst interessiert am Frieden sind.“⁷²

Eschkol warf den arabischen Regierungsoberhäuptern vor, sie wollten Jarrings Mission vereiteln. Er wusste allerdings genauso gut, dass ihre Verdächtigungen nicht nur auf ihrer eigenen Weigerung beruhten, Israel als Partner für den Frieden anzusehen. Sie waren ebenso besorgt über Meinungen, die von immer weiteren Kreisen in Israel, quer durch das politische Spektrum, zum Ausdruck gebracht wurden, die offen erklärten, dass Israel große Teile der Gebiete behalten solle. Manche forderten sogar, „nicht einen Fußbreit“ der Gebiete abzutreten. Der Rückhalt dieser Gruppen in der israelischen Gesellschaft nahm immer weiter zu. Das lag nicht zuletzt an der Radikalisierung der jüdischen öffentlichen Meinung in Israel gegenüber den arabischen Staaten im Allgemeinen und der palästinensischen Gesellschaft im ganzen „Land Israel“ (dem Palästina vor der Staatsgründung, womit das Israel der Grünen Linie gemeint war, das Westjordanland sowie der Gazastreifen) im Besonderen.⁷³ Ein Beispiel dafür waren rechtsgerichtete Kreise in der Knesset unter Führung Menachem Begins und den Mitgliedern von *Gahal*, welche die Unterstützung nationalistischer Elemente genossen, vor allem seitens national-religiöser Juden, von denen einige eine messianisch-nationalistische Ideologie vertraten. Unter ihnen waren die Angehörigen der *Merkaz HaRav Jeschiwa* in Jerusalem besonders prominent vertreten.⁷⁴ Ebenfalls aktiv waren nicht-religiöse Kreise, die sich aus der Vorstellung vom „Ganzen Land Israel“ (*Eretz Israel Hashlema*) gebildet hatten, einschließlich solch prominenter Figuren wie dem Dichter Nathan Alterman, dem Politiker Jitzchak Tabenkin und dem Schriftsteller Mosche Shamir, die einmütig erklärten, dass die im Sechstagekrieg eroberten Gebiete nicht zurückgegeben werden sollten.

Diese Kreise genossen auch die Sympathie einiger Mitglieder von Israels Regierungspartei, von denen sich viele öffentlich mit der Vorstellung der „Unteilbarkeit“ des Lands identifizierten. Eine Anzahl sehr prominenter Parteiführer – wie Jigal Allon, Jisrael Galili⁷⁵ und selbst Mosche Dajan – setzten sich jeder auf seine Weise und nach seinen eigenen Vorstellungen, dafür ein, große Teile der besetzten Territorien zu annektieren. Derartige Stimmungen boten den Arabern eine

⁶⁹ USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 27 ARAB-ISR, Telegramm Rusk, Außenministerium, an die Botschaft in Israel, 7.3.1968.

⁷⁰ Eschkols Rede vor der Knesset im Stenografischen Bericht vom 25.3.1968, in: Knesset Debates (Hebr.).

⁷¹ Newsweek-Interview mit Eschkol vom 17.2.1969.

⁷² Ebenda.

⁷³ Benziman, Jerusalem, S. 237.

⁷⁴ Vgl. Eldar/Zertal, *Lords of the Land*, und Hoberman, *Against All Odds*.

⁷⁵ Galilis Brief an Eschkol vom 27.5.1968 in: YEA, File: Security V.

gute Entschuldigung für ihre hartnäckige Weigerung, sich auf Verhandlungen mit Israel einzulassen. In den Augen der Araber fand die Annahme, dass diese Kreise die israelische Politik bestimmten, ihre Bestätigung in dem erheblichen Druck, den sie ausgeübt hatten, um die jüdische Gemeinschaft in Hebron wieder zu etablieren. Bis dahin hatten die tonangebenden Persönlichkeiten der palästinensischen Öffentlichkeit und der arabischen Staaten sich heftig gegen jüdische Siedlungen in den Gebieten – wie bei Gusch Etzion, im Jordantal, im Sinai und auf den Golanhöhen – gesträubt, doch hatten sie diese auch nicht als unumkehrbare Maßnahmen angesehen. Doch die Siedlung in Hebron, inmitten der dortigen arabischen Bevölkerung, war etwas Anderes: Das war für sie ein eindeutiges Anzeichen für dramatische Veränderungen, die in der Bevölkerung Israels vor sich gingen, sowie für die Bemühungen, die Situation in den besetzten Gebieten grundlegend zu verändern.⁷⁶

Im Winter des Jahrs 1968 begannen Aktivisten der Bewegung „Das ganze Land Israel“ Druck auf die israelische Regierung auszuüben, Juden den regelmäßigen Besuch der Grotte der Patriarchen in Hebron zu gestatten und die jüdische Gemeinschaft in der Stadt wiederzubeleben.⁷⁷ Während der Passahfeiertage 1968 unternahmen religiöse Siedler unter Führung des Rabbi Mosche Levinger eine Reihe von Versuchen, sich in der „Stadt der Patriarchen“, wie sie Hebron nannten, anzusiedeln, und fanden dabei die offene Unterstützung einiger Mitglieder der Regierung, darunter Allon.⁷⁸ Selbst Dajan, der die politischen Auswirkungen und Sicherheitsprobleme einer solchen Siedlung inmitten einer feindlichen palästinensischen Bevölkerung sehr gut verstand, verfolgte diese Bemühungen mit einem gewissen Verständnis, besonders nachdem man ihm den Wunsch erklärt hatte, die Grotte der Patriarchen zu beschützen und Besuchern zugänglich zu machen. Auf dieser Grundlage setzte er die Armee ein, um bei der Errichtung der Siedlung behilflich zu sein.⁷⁹

Eschkol, der sich der schwerwiegenden Konsequenzen einer derartigen Siedlung für die Friedensgespräche mit Jarring bewusst war, versuchte anfänglich, diese Versuche zu vereiteln.⁸⁰ Tatsächlich sah Eschkol selbst überhaupt keinen Grund, warum man in Hebron eine Siedlung errichten sollte, und stellte bei etlichen Gelegenheiten die Frage, was Israel eigentlich „davon hat, wenn es die Stadt behält“?⁸¹ Doch der Druck auf den Premierminister erhöhte sich.⁸² Dieser ging von Siedlern und Mitgliedern der Bewegung „Das ganze Land Israel“ aus, mit starker Unterstützung durch Allon, Begin und anderer Minister. Er wurde aufrechterhalten,

⁷⁶ So Atia Zer in ihrer Masterarbeit „The Renewal of the Jewish Settlement in Hebron after the Six-Day War. From the Idea of a Few to a State Settlement“ an der Universität Ariel in Samarien 2016 (Hebr.).

⁷⁷ Vgl. ebenda.

⁷⁸ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 14.1.1968.

⁷⁹ Vgl. Dayan, Milestones, S. 498-502, und Zer, Renewal of the Jewish Settlement.

⁸⁰ Brief Schlomo Gazit an Frankel und Hasson vom 26.2.1968 in: YEA, File: Security V.

⁸¹ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 30.7.1967.

⁸² Dazu der Brief der Führung der Bewegung „Das ganze Land Israel“ an Eschkol vom 26.2.1968 in: YEA, File: Security V.

trotz der hartnäckigen Proteste der Araber in Hebron unter der Führung des Bürgermeisters, Muhammad Ali al-Jabari,⁸³ sowie prominenter Persönlichkeiten in Israel.⁸⁴

Schließlich begann die schleichende Errichtung einer temporären Siedlung in Hebron, und innerhalb weniger Jahre wurde diese Siedlung zur Speerspitze weiterer Siedlungen in von Palästinensern besiedelten Gebieten des Westjordanlands. Noch vor der Auseinandersetzung um die jüdische Siedlung in Hebron und unmittelbar nach dem Krieg führte Justizminister Schapira, der tatsächlich eher als „Tauben“ galt, die bereits erwähnte und ganz ähnlich motivierte Gesetzesinitiative zur Annexion Ost-Jerusalems und der umliegenden Gebiete an. Wie wir gesehen haben, war diese Initiative schließlich erfolgreich, trotz verbreiteter internationaler Proteste und Eschkols auf taktischen und diplomatischen Gründen beruhendem Widerstand.⁸⁵

Ungeachtet dieser Maßnahmen, die ein Anzeichen für die schleichende Annexion der besetzten Gebiete waren, zeigte sich Eschkol weiterhin optimistisch bezüglich der Zukunft des Friedensprozesses. So bestand er beispielsweise in einem Zeitungsinterview darauf, dass „wir dem Frieden vielleicht näher sind als vor dem Krieg“.⁸⁶

Bei einer Sitzung des Parteisekretariats der Mapai, der israelischen Arbeiterpartei, brachte Eschkol auch vorsichtigen Optimismus bezüglich Jarrings Mission zum Ausdruck,⁸⁷ obwohl ihm bewusst war, dass Jarrings Erfolgsaussichten außerordentlich gering waren. Nichtsdestoweniger hatte er Präsident Johnson versprochen, dass Israel die Resolution 242 wörtlich umsetzen werde, falls die Bedingungen für einen echten Frieden mit den arabischen Staaten erfüllt werden würden,⁸⁸ nachdem er verstanden hatte, dass das starke und gegenseitige Misstrauen zwischen Arabern und Juden sowie der Extremismus die sicherste Methode waren, den UN-Gesandten scheitern zu lassen. Am Ende reichte die Tatsache, dass moderate Figuren wie Eschkol nach einer politischen Lösung suchten,⁸⁹ nicht aus, um die Mission zu retten.

VI. Modifizierte Ansätze und Perspektiven

Der Abnutzungskrieg verschärfte sich im Laufe des Sommers 1968 im Gefolge einer Zunahme israelisch-ägyptischer Grenzzwischenfälle.⁹⁰ Der Premierminister

⁸³ Al-Jabaris Telegram an Eschkol vom 7.5.1968 in: YEA, File: Security V.

⁸⁴ Brief von Professor Shmuel Ettinger, Professor Shmuel Noah Eisenstadt, Professor Michael Confino, Schriftsteller A. B. Yehoshua und weiteren Personen an Eschkol vom 12.5.1968 in: YEA, File: Security V.

⁸⁵ Vgl. Benziman, Jerusalem, S. 193.

⁸⁶ Yedioth Ahronoth vom 30.4.1968 (Hebr.).

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Vgl. Beilin, Price of Unification, S. 51.

⁸⁹ Gespräch zwischen Eschkol und einem unbekannten Interviewer vom 1.9.1968 in: YEA, File: Security V.

⁹⁰ Vgl. Gelber, Attrition, S. 339-350.

bemühte sich, der Verschlimmerung der militärischen Situation Einhalt zu gebieten, indem er gemeinsam mit Dajan komplexe und komplizierte Operationsentscheidungen autorisierte. Die allermeisten dieser Operationen wurden von israelischen Streitkräften innerhalb Ägyptens durchgeführt, auf der anderen Seite des Kanals, um Nasser und das ägyptische Militär davon abzuschrecken, ihre Angriffe auf Israel fortzusetzen. Gleichzeitig setzte Eschkol Außenminister Eban für Bemühungen ein, den politischen Schaden dieser Operationen zu minimieren und den internationalen Druck auf Israel, sich aus den Gebieten zurückzuziehen, zu verringern. Am 31. Oktober legte der Premierminister der Regierung einen Entschließungsentwurf vor, den diese mit großer Mehrheit zustimmte und der einen Versuch darstellte, sowohl dem internationalen Druck als auch der ägyptischen Aggression zu begegnen. Einerseits legte diese Entschliebung fest, dass es keinen Frieden geben könne, solange Israel nicht über direkten Zugang nach Sharm El-Scheich verfüge.⁹¹ Andererseits wurde dort festgestellt, dass Israel bereit sei, Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu beginnen. Dieser neue Regierungsbeschluss, welcher der Entscheidung vom 19. Juni 1967 zu widersprechen schien,⁹² war für Eschkol hinreichend flexibel. Er ging davon aus, dass dies ein Beweis dafür sei, dass Israel bereit sei, über die Rückgabe sämtlicher Gebiete zu verhandeln, wenn Ägypten seine Aggression aufgab. Diese „Tauben“-Haltung brachte Eschkol auch in einem Interview zum Ausdruck, das er kurz danach der *Newsweek* gab. Es handelte sich dabei um eine Position, die nicht der Mehrheitsmeinung innerhalb der Regierung entsprach, aber die Fortsetzung dessen darstellte, was durchgängig Eschkols Politik seit dem Ende des Kriegs war. Israel sei bereit zu dramatischen Zugeständnissen, erklärte er, falls die arabischen Staaten Bereitschaft zum Frieden zeigten. Falls nicht, werde Israel in den besetzten Gebieten das tun, was es für angebracht halte.⁹³

Eschkols „Tauben“-Haltung wurde zweifellos von vielen verunglimpft. Dies war besonders der Fall, als er zur selben Zeit gezwungen war, eine Antwort auf die Gewaltereignisse in Suez und auf den palästinensischen Terrorismus zu finden. Dieser verstärkte sich in jenem Sommer und fand seinen Höhepunkt am 23. Juli mit der Entführung eines Flugzeugs der El Al, das auf dem Weg nach Algerien war. Dies erklärt auch, warum er beinahe sämtliche Pläne für Vergeltungsaktionen unterstützte, die ihm Verteidigungsminister Dajan vorlegte. Darüber hinaus gab es aber zwischen Eschkol und Dajan auch Meinungsverschiedenheiten über die Aktivitäten des Letzteren sowie die Zivilverwaltung im Westjordanland und dem Gazastreifen. Eschkol betrachtete eine Reihe von Dajans Handlungen als erste Schritte in Richtung einer Annexion des Westjordanlands,⁹⁴ die der Premierminister kategorisch ablehnte. „Jedes Hunderttausend Araber“, die von Israel an-

⁹¹ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 31.10.1968.

⁹² Ebenda: Ein Abschnitt des Regierungsbeschlusses vom 31.10.1968 stellte ausdrücklich fest, dass damit die Entscheidung vom 19.6.1967 hinfällig sei. Zu weiteren Einzelheiten: ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 3.9.1967.

⁹³ Vgl. *Newsweek*-Interview mit Eschkol vom 17.2.1969.

⁹⁴ Eschkol agierte in erster Linie über das Ministerkomitee für die verwalteten Territorien, dem er vorsah; YEA, File: Security V, Sitzungsprotokoll Ministerkomitee für Sicherheitsangelegen-

nektiert werden, erklärte er bei einer Regierungssitzung, „stellt eine Zeitbombe für den Staat Israel dar. [...] Wir stehen vor der Möglichkeit, dass wir es alles in allem mit 1,4 bis 1,5 Millionen Arabern gegenüber heute 2,4 Millionen Juden zu tun haben. Und mit all meiner Sensibilität und Liebe zu meinen Mitmenschen erschauere ich davor.“⁹⁵

Auf den Golanhöhen andererseits verfolgte er eine Politik, welche das Gegenteil dessen darstellte, was er sich für das Westjordanland und den Gazastreifen vorstellte – nämlich eine Politik zunehmender israelischer Besiedlung.⁹⁶ Für Eschkol gewann dieser Punkt mit der Zeit immer größere Bedeutung, besonders angesichts Syriens Zurückweisung des Friedensvorschlags, den Israel über internationale Kanäle übermittelt hatte. Dementsprechend sah Eschkol auch hier die Notwendigkeit, Fakten an Ort und Stelle zu schaffen – sowohl wegen seiner grundsätzlichen Haltung gegenüber jüdischen Siedlungen als auch, um Syrien doch noch dazu zu ermutigen, die israelischen Friedensbemühungen zu akzeptieren. Seit der Eroberung der syrischen Höhen hatte dieses Gebiet die Errichtung zehn neuer Siedlungen erlebt, mehr als in jedem anderen Teil der besetzten Territorien.⁹⁷ Eschkol verfolgte einen ähnlichen Ansatz in Bezug auf Jerusalem, dessen Erweiterung nach Osten und Besiedlung mit Juden im Verlaufe der hier zur Debatte stehenden Monate zu seinem Lieblingsunternehmen wurde. Er ermutigte alle Beteiligten dazu, auch den Radius des Umlands der Stadt zu erweitern das von Juden besiedelt wurde, besonders im Osten, und sogar zur Planung einer jüdischen Siedlung im ehemaligen jüdischen Viertel der Altstadt.⁹⁸

Insgesamt war Eschkols grundsätzliche Haltung bezüglich der im Sechstagekrieg besetzten Gebiete also mehr oder weniger mit derjenigen der Amerikaner identisch. Das heißt, dass praktisch alle diese Gebiete im Austausch für einen vollständigen Frieden zurückgegeben werden sollten. Wenn es auch unterschiedliche Meinungen über die endgültige Form des Prozesses gab, in dessen Verlauf der angestrebte Friede erreicht werden sollte, kann doch angenommen werden, dass diese hätten überwunden werden können. Andererseits bestand zwischen beiden Ländern ein grundlegender Meinungsunterschied bezüglich der Notwendigkeit des Rückzugs der israelischen Armee. Eschkols Regierung bestand darauf, dass die Gebiete erst nach der Unterzeichnung eines umfassenden Abkommens über einen vollständigen und dauerhaften Frieden zurückgegeben werden könnten. Die Amerikaner waren da allerdings anderer Meinung. Mehr noch, beide Länder vertraten auch unterschiedliche Ansichten über die Prinzipien, auf deren Grundlage eine Einigung erzielt werden sollte. In einer öffentlichen Rede am 19. Juni 1967, eine Woche nach dem Krieg, zählte Präsident Johnson fünf Prinzipien zu diesem Problem auf.⁹⁹ Drei davon waren für Israel annehmbar: Dass „jede Nation

heiten, 29.9.1968; Adi Yafehs Brief an Mosche Dajan vom 19.11.1968 und Antwort auf diesen Brief von Haim Israeli an Adi Yafeh vom 24.11.1968 in: Ebenda.

⁹⁵ ISA und YEA, Sitzungsprotokoll der Regierung Israels, 2.12.1968.

⁹⁶ Eschkols Brief an Sapir vom 18.11.1968 in: YEA, File: Security V. Vgl. auch Kipnis, Mountain.

⁹⁷ Vgl. ebenda.

⁹⁸ Vgl. Benziman, Jerusalem, S. 261-263.

⁹⁹ ISA, 4155/8/HZ, Bericht von Shlomo Argov, 12.7.1968.

in der Region grundsätzliches Existenzrecht genießt und dass dieses Recht von den Nachbarn respektiert werden muss“, das „Recht auf friedlichen Seeverkehr“ sowie die „politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität sämtlicher Staaten in der Region“. ¹⁰⁰ Ein viertes Prinzip – „Gerechtigkeit für die palästinensischen Flüchtlinge“ – war problematisch für Israel, doch Eschkol sah es als ein legitimes Thema von Verhandlungen an. Doch das letzte Prinzip lehnte er entschieden ab: Die Begrenzung des „verschwenderischen und sinnlosen Rüstungswettlaufs“, was tatsächlich auf die Verlängerung des Embargos hinauslief, das am Vorabend des Sechstagekriegs gegen Israel verhängt worden war. Johnsons Prinzipien enthielten nicht Israels Aufruf zu Verhandlungen, die Anerkennung von Israels Existenzrecht durch die arabischen Staaten oder die Herstellung diplomatischer Beziehungen und offener Grenzen ¹⁰¹ – Punkte, ohne die man nach israelischer Auffassung „nichts erreichen würde“. ¹⁰²

Im Laufe des Jahrs 1967 änderte Johnson seine Formel für eine Lösung des Konflikts. Israelische Minister stellten fest, dass, als der Herbst und die US-Präsidentschaftswahlen näher rückten, der Präsident ständig neue Punkte hinzufügte, die darauf abzielten, Israel zufriedenzustellen. Er bemühte sich allerdings auch, andere internationale Beteiligte zu berücksichtigen, von denen manche Israel feindlich gegenüber standen.

Im Rückblick stellt der Tod von Premierminister Eschkol am 26. Februar 1969 einen Einschnitt dar. Bis zu seinem Tod war es klar, dass die diplomatischen und militärischen Prozesse, die sich in der Region abspielten, auf zwei parallelen Ansätzen beruhten, die nicht zusammen kommen konnten. Der eine war jener, der von Eschkol vorangetrieben wurde und durch den „Geheimbeschluss“ der israelischen Regierung autorisiert war, mit dessen Hilfe man versuchte, einen umfassenden und dauerhaften Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn im Austausch gegen die Rückgabe der meisten im Verlaufe des Sechstagekriegs besetzten Gebiete zu erreichen. Der andere war jener, der von Nasser verfolgt und auf der Konferenz von Khartum als unverrückbares Prinzip angenommen wurde, dementsprechend man das Ergebnis des Sechstagekriegs als einen Betriebsunfall ansah, welcher korrigiert werden würde, sobald sich eine Gelegenheit ergäbe, und der die Anerkennung Israels ausschloss. ¹⁰³

Eschkol plante, über die Amerikaner die Verhandlungen mit den arabischen Staaten mit Substanz zu versehen. Allerdings war die Zeit nicht günstig für eine

¹⁰⁰ New York Times vom 20.6.1967.

¹⁰¹ Vgl. Information Memorandum From the President's Special Assistant (Rostow) to President Johnson, 19.9.1968, in: FRUS, 1967–1968, Bd. 20, Dok. 257, S. 509 f.; www.history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v20/d257 [18.4.2018].

¹⁰² USNA, RG59, Central Files 1967–1969, POL 27 ARAB-ISR, Telegramm Rusk, Außenministerium, an die Botschaft in Israel, 24.2.1968.

¹⁰³ Wie bereits angemerkt, stimmt der Autor nicht mit der von Avi Shlaim (vgl. z. B. Shlaim, *Lion of Jordan*) und anderen vorgebrachten These überein, dass die Debatten auf der Konferenz von Khartum tatsächlich einen Hinweis darauf liefern, dass Teile der arabischen Welt bereit waren, sich in Richtung auf eine Koexistenz mit Israel und der Anerkennung seiner Existenz zu bewegen.

solche Strategie zur Förderung des Friedens im Nahen Osten. Das Jahr 1968 war in den Vereinigten Staaten ein Wahljahr, und die Regierung Johnson war stark von den innenpolitischen Turbulenzen in Anspruch genommen, welche die Angelegenheiten des Nahen Ostens an den Rand rücken ließen.¹⁰⁴ Das Ende der Amtszeit eines US-Präsidenten macht es diesem schwer, so wirkungsvoll zu agieren, wie er gerne möchte, und aus diesem Grund versucht er üblicherweise, sich nicht mit allzu vielen neuen Themen zu beschäftigen oder darauf zu insistieren, komplexe Probleme unbedingt noch zu lösen. Im März 1968 gab Präsident Johnson bekannt, dass er keine zweite Amtszeit anstrebe. Und obwohl seine Ratgeber ihm nahegelegt hatten, Schritte zu unternehmen,¹⁰⁵ um zu einer grundsätzlichen Veränderung der arabisch-israelischen Beziehungen zu gelangen, war er der Ansicht, dass dies weder die angemessene Vorgehensweise noch die richtige Zeit für solche Schritte sei. Eschkol war überzeugt, dass Johnson die Angelegenheiten des Nahen Ostens nicht völlig außer Acht lassen, sondern sie im Rahmen der Alltagsgeschäfte seiner Regierung behandeln werde. Er hatte keinerlei Zweifel, dass die wichtigen Entscheidungen erst zu Beginn der Amtszeit von Johnsons Nachfolger getroffen würden, der im Januar 1969 ins Weiße Haus einziehen würde. Eschkol war ebenfalls überzeugt, dass die US-Regierung ein großes Interesse daran haben werde, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu verbessern, nachdem die Sowjets erkennbare Bereitschaft zur Verminderung der Spannungen zwischen den Blöcken gezeigt hatten. Diese neue Entspannungspolitik seitens Moskaus zielte darauf ab, über eine allmähliche Verminderung der atomaren Arsenale beider Seiten das Gleichgewicht des Schreckens neu zu justieren.¹⁰⁶ Nach Eschkols Auffassung, hatte diese Politik, deren erste Schritte sich im benannten Zeitraum bereits abzeichneten, dramatische Konsequenzen für Israel. Sie bedeutete, dass die Sowjets von nun an beginnen würden, amerikanische Interessen im Nahen Osten weitaus ernsthafter zu berücksichtigen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen war. Aus diesem Grund würden sie sich bemühen, die Spannungen zwischen den Kontrahenten in der Region zu verringern. Im selben Zusammenhang bemühten sich die Herrscher im Kreml auch, den Nachweis zu erbringen, dass ihre Innenpolitik zu größeren Freiheiten führen werde, was eine entschiedene Forderung der Amerikaner war. Sie gestatteten daher Menschenrechtsgruppen, sich lautstärker als in der Vergangenheit zu artikulieren. Und, was ebenso wichtig war: Zum Ende des Jahres 1968 öffneten sie – wenn auch kontrolliert – die Tore für Juden, die nach Israel emigrieren wollten. Jitzchak Rabin zufolge markierten diese beiden Prozesse – die Verringerung der Spannungen zwischen den beiden Supermächten und die begrenzte Ermöglichung der Israel-Emigration für sowjetische Juden – den Beginn einer neuen Ära, die man sich soweit nur möglich zunutze machen musste.

¹⁰⁴ ISA, 4155/9/HZ, Rabins Telegramm an das Außenministerium, 22.8.1968.

¹⁰⁵ Vgl. Memorandum From Harold H. Saunders of the National Security Council Staff to the President's Special Assistant (Rostow), 1.4.1968, in: FRUS, 1967–1968, Dok. 129, Bd. 20, S. 255–257; www.history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v20/d129 [18.4.2018].

¹⁰⁶ ISA, 4157/5/HZ, Yitzhak Rabin, Period Summary, 3.4.–10.7.[1969], 10.7.1968.

Doch Eschkol sollte nicht mehr die Möglichkeit haben, dies zu tun. Er starb etwa einen Monat nachdem Richard Nixon in das Weiße Haus eingezogen war. Golda Meirs Ernennung zur Ministerpräsidentin von Israel sowie später der unerwartete Tod von Ägyptens Präsident Nasser veränderten das Antlitz des Nahen Ostens vollständig und führten zu einer neuen Entwicklung des Konflikts – einer Entwicklung, die sich fundamental von derjenigen in der Ära Eschkols im Anschluss an den Sechstagekrieg unterschied.

Aus dem Englischen übersetzt von Mirko Wittwar.

QUELLEN UND DARSTELLUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE

BAND 118



Sandra Schmitt

Das Ringen um das Selbst

Schizophrenie in Wissenschaft,
Gesellschaft und Kultur nach 1945

2018, VIII, 476 Seiten

Ln. € 69,95 [D]

ISBN 978-3-11-052916-6

eBook € 69,95 [D]

PDF ISBN 978-3-11-053156-5

ePUB ISBN 978-3-11-052924-1

Schizophrenie – kaum ein anderer psychiatrischer Krankheitsbegriff wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so intensiv und kritisch diskutiert. Auch innerhalb der Psychiatrie herrschte alles andere als Einigkeit über den Begriff, die Ursachen und Behandlungsmethoden. Von den ersten Berichten psychotherapeutischer Behandlungen bis hin zu den Erfahrungsschilderungen von Betroffenen rekonstruiert Sandra Schmitt, wie sich die Vorstellungen von Schizophrenie nach 1945 veränderten, welche Rolle die Psychoanalyse dabei spielte und wie die Psychiatrie darüber in eine Krise geriet und sich durch methodische Verwissenschaftlichungen wieder stabilisierte. Die Studie beschreibt die Zirkulation von Wissen und die Etablierung neuer Deutungen des Schizophreniekonzeptes und liefert so einen Beitrag zur Wissens- und Kulturgeschichte der Psychiatrie in Ost- und Westdeutschland.

Sandra Schmitt war von 2011 bis 2016 am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin tätig. Im Anschluss wechselte sie zu einem Begabtenförderungswerk nach Bonn.